

Ukraine

Der Fall Ruslan Kotsaba

Kriegsdienstverweigerer und Journalist zu 3,5 Jahren Haft verurteilt



Eine Information von



Connection e.V.

Von-Behring-Str. 110, D-63075 Offenbach
Tel.: 069-8237 5534, Fax: 069-8237 5535
eMail: office@Connection-eV.org



**Deutsche Friedensgesellschaft -
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)**

Braunschweiger Str. 22, 44145 Dortmund
Tel.: 0231-818032, eMail: dfg-vk.nrw@t-online.de

Ukraine: Der Fall Ruslan Kotsaba

Chronologie

23. Januar 2015: Ruslan Kotsaba, der ursprünglich die Proteste am Maidan unterstützt hatte, wendete sich in einer Botschaft auf *Youtube* gegen die Kriegführung der Ukraine im Osten des Landes. In seiner Botschaft an Präsident Petro Poroschenko erklärte der freiberufliche Journalist, er werde sich der Einberufung verweigern. Er rief seine Landsleute auf, ebenfalls den Kriegsdienst zu verweigern und sich der Einberufung zur Armee zu widersetzen. Er betonte dabei, dass er die Mobilisierungen, die zu dieser Zeit in der Ukraine stattfanden, als widerrechtlich ansah, da die ukrainische Regierung keinen Krieg erklärt habe.¹ In weiteren Erklärungen betont er, dass er sich als Christ auch dem göttlichen Gebot "Du sollst nicht töten" verpflichtet fühlt.²

7. Februar 2015: Ruslan Kotsaba wurde festgenommen und wegen "Landesverrats" und "Behinderung der rechtmäßigen Aktivitäten der Streitkräfte der Ukraine" angeklagt.

Ab Februar 2015: Die Staatsanwaltschaft benannte etwa 60 Zeugen, die vom Gericht nach und nach zu den monatlichen Sitzungen zur Anhörung eingeladen wurden. Viele der Zeugen erschienen jedoch nicht zu den Verhandlungen, so dass sich letztlich der Prozess über Monate hinzog, ohne weitere Erkenntnisse zu bringen. Die Haftbedingungen der Untersuchungshaft waren menschenunwürdig. Das Essen war ungenießbar, so dass die Familie ihm Essen ins Gefängnis brachte. Die Zelle kühlte im Winter auf bis zu 0 Grad ab. Es gab nur alle paar Wochen einen Besuchstermin, bei dem sich die Angehörigen zudem abwechseln mussten. Seine Kinder durften ihn nicht besuchen, so dass er sie seit über anderthalb Jahren nicht gesehen hat. Ruslan Kotsaba, der unter den Folgen eines Schlaganfalls leidet und eine chronische Entzündung der Bauchspeicheldrüse und der Gallenblase hat, erhielt nur unzureichende ärztliche Versorgung.

5. Februar 2016: Ein ganzes Jahr nach der Festnahme erhielt Ruslan Kotsaba erstmals Gelegenheit, vor Gericht selbst Stellung zu den Vorwürfen zu beziehen. Er nutzte in seiner zweistündigen Aussage die Gelegenheit, seine ablehnende Haltung zum Krieg und seine Kriegsdienstverweigerung zu bekräftigen. Zudem setzte er sich intensiv mit der Anklageschrift auseinander und machte deutlich, dass er sich demokratischen Regeln journalistischer Arbeit verpflichtet fühlt und sich auch entsprechend verhalten habe.

12. Mai 2016: Das Gericht in Iwano-Frankiwsk verkündet das Urteil zu 3,5 Jahren (42 Monaten) Haft. Es wies den Vorwurf des "Landesverrats" zurück. In keinem der von der Anklage vorgelegten Beweise, auch nicht in Abhörprotokollen, seien Hinweise darauf zu finden, dass Kotsaba mit seinen öffentlichen Auftritten vorsätzlich und unmittelbar einem ausländischen Staat bei Subversionstätigkeiten gegen die Ukraine Hilfe geleistet habe. Die Verfassung der Ukraine garantiere zudem Meinungsfreiheit. Ruslan Kotsabas Äußerungen seien durch die Verfassung gedeckt.

Das Gericht bestätigt die Anklage wegen "Behinderung der rechtmäßigen Aktivitäten der Streitkräfte der Ukraine". Seine Aussagen hätten sich nicht auf präzise Fakten gestützt, hätten Bürger vielmehr dazu animiert, sich der Einberufung und der Aufgabe der Verteidigung des Staates zu entziehen. Das Gericht ging nicht auf den Verweis von Ruslan Kotsaba ein, dass die Mobilisierungen unrechtmäßig seien, da die Ukraine formell gar keinen Krieg erklärt habe.

Das Urteil legt auch fest, dass aufgrund der harten Haftbedingungen in der Untersuchungshaft nach Artikel 72, Absatz 5, diese doppelt angerechnet wird.

16. Mai 2016: Ruslan Kotsaba wird gegen das Urteil Berufung einlegen. Eine Entscheidung darüber wird in den nächsten drei Monaten erwartet.

Ruslan Kotsaba befindet sich zum heutigen Tag mehr als 15 Monate in Untersuchungshaft und wird dort bis zu einem abschließenden Urteil verbleiben.

¹ <http://www.youtube.com/watch?v=6NICtID6PEo>

² Ruslan Kotsaba an Iwano-Frankiwsker Eparchie der ukrainischen griechisch-katholischen Kirche

Politisches Verfahren gegen Kriegsgegner

Zusammenfassung

Connection e.V. und die *Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen* (DFG-VK) sehen die Strafverfolgung von Ruslan Kotsaba als politische Verfolgung an. Vorgehalten wird Ruslan Kotsaba offenbar, dass er sich öffentlich gegen die Politik der ukrainischen Regierung gestellt hat und zu einem Ende des "Bruderkrieges" und zu Verhandlungen mit den Separatisten im Osten des Landes aufruft. Nur so ist zu erklären, warum die ukrainischen Behörden in so scharfer Form gegen ihn vorgehen und er zu mehreren Jahren Haft verurteilt wurde.

Hinzuweisen ist hier insbesondere auf den Versuch der Staatsanwaltschaft, mit äußerst fragwürdigen Beweismitteln eine Verurteilung des Journalisten wegen "Landesverrats" zu erreichen. Es ist zugleich als Drohung gegen weitere kritische Äußerungen gegen den Krieg zu werten, da in solchen Fällen eine ähnliche Strafverfolgung erfolgen würde - und offensichtlich auch zugelassen würde.

Zudem erreichte die Staatsanwaltschaft über die Bestellung von über 60 Zeugen, dass sich das Verfahren über Monate in die Länge hinzog und Ruslan Kotsaba infolgedessen unter menschenunwürdigen Bedingungen in der Untersuchungshaft verbleiben musste. Das Gericht bestätigte dies in seinem Urteil indirekt, indem es die Zeit der Untersuchungshaft bei der Gesamtstrafe doppelt anrechnet. Dies ist als Vorverurteilung zu werten und darf in keinster Weise legitimiert werden. Die Untersuchungshaft wurde im Fall von Ruslan Kotsaba selbst zu einer Bestrafung.

Connection e.V. und *DFG-VK* halten auch den Aufruf von Ruslan Kotsaba, sich nicht am Krieg zu beteiligen, für legitim. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung gilt in der Ukraine nur sehr eingeschränkt und entspricht nicht den u.a. vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte genannten Standards. Es wird nur Angehörigen von etwa einem Dutzend religiösen Gemeinschaften das Recht auf Kriegsdienstverweigerung zugestanden. Zudem haben auch Reservisten keine Möglichkeit, den Kriegsdienst zu verweigern. Des weiteren weist Ruslan Kotsaba selbst darauf hin, dass die Mobilisierungen für den Krieg angesichts eines nicht erklärten Krieges fragwürdig sind. Dass Ruslan Kotsaba wegen seines Aufrufes zur Verweigerung des Kriegseinsatzes zu 42 Monaten Haft verurteilt wird, ist in schärfster Form zu verurteilen und als politische Verfolgung zu werten.

Einige Hintergrundinformationen

Amnesty International: Gewaltloser politischer Gefangener

Amnesty International hat Ruslan Kotsaba als ersten gewaltlosen politischen Gefangenen aus der Ukraine seit 5 Jahren adoptiert. Die Organisation schreibt: "Members of the media are suffering harassment at the hands of the authorities. Among them is the journalist and prominent blogger Ruslan Kotsaba – recently named as Amnesty International's first Ukrainian prisoner of conscience in five years. He could face more than a decade in prison on the charge of 'high treason' and for his views on the armed conflict in eastern Ukraine.

Ruslan Kotsaba was arrested on 7 February in Ivano-Frankivsk, 130 km south-east of Lviv, after he posted a video describing the conflict as "the Donbas fratricidal civil war". He also expressed opposition to military conscription of Ukrainians to take part in the conflict.

After being formally charged on 31 March with 'high treason', he faces up to 15 years in prison, as well as up to an eight-year sentence on a further charge of 'hindering the legitimate activities of the armed forces'. Amnesty International has called for his immediate and unconditional release, and we see his treatment as a brazen restriction on the right to freedom of expression."³

Zum Recht auf Kriegsdienstverweigerung in der Ukraine

Nach Artikel 35 Absatz 3 der Verfassung von 1996 gibt es ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung: "Wenn die Ableistung des Militärdienstes im Gegensatz zu den religiösen Überzeugungen eines Bürgers steht, soll die Dienstpflicht durch einen alternativen Dienst erfüllt werden."⁴ Genauer definiert wird dies in Artikel 2 des Alternativdienstgesetzes. Danach ist die Wahrnehmung dieses Rechtes auf Personen eingeschränkt, die Angehörige von registrierten religiösen Gemeinschaften sind, deren Lehre es verbietet, Waffen zu benutzen und Dienst in der Armee abzuleisten.⁵ In der Liste finden sich u.a, Adventisten, Baptisten, Zeugen Jehovas und die Pfingstbewegung. Ein Antrag ist mit einem offiziellen Schreiben der jeweiligen religiösen Gemeinschaft einzureichen.

Eine weitere Einschränkung erfährt das Recht durch die Regelung, dass ein Antrag innerhalb von sechs Monaten nach der Einberufung gestellt werden muss. Soldaten und Reservisten haben kein Recht auf Antragstellung.⁶

Im Juli 2013 überprüfte das Menschenrechtskomitee der Vereinten Nationen den Siebten Regelmäßigen Bericht der Ukraine zum *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte*. In den Schlussfolgerungen drückt das Komitee seine Besorgnis darüber aus, dass keine Maßnahmen getroffen wurden, um das Recht auf Kriegsdienstverweigerung von Wehrpflichtigen auf Personen auszuweiten, die eine Gewissensentscheidung ohne religiösen Hintergrund getroffen haben oder anderen Religionen angehören. Das Komitee betont im Folgenden, dass die Regelungen zum Alternativen Dienst allen Kriegsdienstverweigerern offen stehen müsse unabhängig von ihrer Überzeugung, ob sie religiös oder nicht religiös motiviert sei.⁷

³ Amnesty International: Ukraine's spate of suspicious deaths must be followed by credible investigations. 17. April 2015. www.amnesty.org/en/latest/news/2015/04/ukraine-suspicious-deaths-need-credible-investigations

⁴ Quaker Council for European Affairs: The Right to Conscientious Objection in Europe - Ukraine. 15. Mai 2005

⁵ European Bureau for Conscientious Objection: Report on conscientious objection to military service in Europe 2013, S. 42

⁶ Quaker 2005 ebd.

⁷ United Nations Human Rights Committee: Concluding observations on the seventh periodic report of Ukraine, adopted by the Committee at its 108th session, 8.-26. Juli 2013, Punkt 19

Als Mitgliedsland des Europarates ist die Ukraine auch verpflichtet, Urteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte umzusetzen. Am 7. Juli 2011 stellte die Große Kammer des Gerichtshofes fest, dass "die Ablehnung des Militärdienstes – wenn sie motiviert ist durch einen ernsthaften und unüberwindlichen Konflikt zwischen der Pflicht, Dienst in der Armee abzuleisten, und dem Gewissen oder tiefen und aufrichtigen religiösen oder anderen Überzeugungen des Einzelnen – eine Überzeugung oder einen Glauben mit einer ausreichenden Schlüssigkeit, Ernsthaftigkeit, Bindekraft und Bedeutung bildet, um unter die Garantien des Artikels 9 zu fallen"⁸. Artikel 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention garantiert das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit.

Ein Gesetz, so bereits 1987 das Ministerkomitee des Europarates, "soll auch die Möglichkeit vorsehen, dass ein Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer gestellt werden kann, wenn die Bedingungen für die Antragstellung erst während der Ableistung des Militärdienstes oder bei militärischen Übungen nach der Grundausbildung eintreffen"⁹.

Damit ist in der Ukraine das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung nicht garantiert, da es den Zugang auf Angehörige einiger religiöser Gemeinschaften einschränkt und zudem die Antragstellung zeitlich limitiert ist.

Militärdienstentziehung und Desertion sowie strafrechtliche Folgen

Nach Schätzungen haben sich Hunderttausende den Einberufungen entzogen, leben noch im Land oder sind in Nachbarländer abgewandert.¹⁰

Militärdienstentziehung bzw. Vermeidung der Mobilisierung kann nach den Artikeln 335 und 336 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafen von bis zu drei Jahren Haft verfolgt werden.¹¹ Mit Stand vom 31. Januar 2015, so die Militärstaatsanwaltschaft, seien bereits 1.300 Ermittlungen eingeleitet worden, 160 seien bereits zumeist zu Geldstrafen oder Haftstrafen auf Bewährung verurteilt worden.¹² Der Vize-Verteidigungsminister, Iwan Rusnak, gab andere Zahlen dazu bekannt: "Man habe 1.336 Strafverfahren gegen insgesamt 7.472 Personen eingeleitet, die sich dem Kriegsdienst zu entziehen versucht hatten."¹³ Ende Januar 2015 war ein Kriegsdienstverweigerer ukrainischen Presseberichten zufolge in Kirowograd zu einer Haftstrafe von zwei Jahren verurteilt worden.¹⁴

Am 5. Februar 2015 verabschiedete das ukrainische Parlament ein Gesetz, das neue Vorgehensweisen der Armee bei Ungehorsam, Widerstand, Unbotmäßigkeit gegenüber dem Kommandeur, Anwendung von Gewalt und Aufgabe einer Kampfstellung definiert. Darin heißt es: "In einer Kampfsituation kann der Kommandeur Waffen benutzen oder den Untergebenen Anordnungen zum Waffengebrauch erteilen, wenn kein anderer Weg vorhanden ist, das Vergehen zu beenden."¹⁵ Damit wird, so die Agentur *Newsweek* in ihrem Bericht, "den Kommandeuren gestattet, in den bewaffneten Streitkräften auf Deserteure oder Befehlsverweigerer zu schießen."¹⁶ Gegenüber

⁸ Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, 7. Juli 2011. Antrag Bayatyan gegen Armenien, AZ 23459/03, www.connection-ev.org/article-1411

⁹ Committee of Ministers to Member States: Recommendation No. R (87) 8 Regarding Conscientious Objection to Compulsory Military Service. 9. April 1987

¹⁰ Roger Annis: Ukrainer stimmen mit den Füßen ab. 12. August 2015. www.connection-ev.org/article-2176

¹¹ Australian Government, Refugee Review Tribunal: Country Advice Ukraine. 11. Dezember 2009

¹² ebd.

¹³ Bernhard Clasen: Lieber ins Ausland als an die Front. tageszeitung vom 6. Februar 2015

¹⁴ ebd.

¹⁵ nach *Newsweek*, 6. Februar 2015, a.a.O. Gesetzestext kann heruntergeladen werden unter <http://w1.c1.rada.gov.ua/pls/zweb2/webproc34?id=&pf3511=53587&pf35401=324789>

¹⁶ *Newsweek*, 6. Februar 2015, a.a.O.

der *tageszeitung* hatte ein Angehöriger eines bei Debalzewo gefallenen Soldaten erklärt, "das Gesetz legalisiere lediglich eine seit Wochen an der Front übliche Praxis."¹⁷

Weitere Möglichkeiten der Strafverfolgung werden offensichtlich vorbereitet. "Anton Geraschtschenko, Berater des ukrainischen Innenministers, forderte, die Aufforderung zur Kriegsdienstverweigerung müsse strafrechtlich verfolgt werden können. Die ukrainischen Behörden, so die Pressesprecherin des ukrainischen Verteidigungsministeriums, Wiktorija Kuschnir, erstelle derzeit eine Datenbank von Wehrdienstverweigerern. Wer den Kriegsdienst verweigere, müsse mit einer Strafe rechnen."¹⁸

Zudem arbeite der Generalstab der ukrainischen Armee an einer Gesetzesvorlage, die Wehrpflichtige zwingt, Reisen in andere Gebiete oder gar das Ausland bei der zuständigen Wehrbehörde genehmigen zu lassen.¹⁹ Damit würden die Grenzen faktisch für Männer im wehrpflichtigen Alter geschlossen.

¹⁷ Bernhard Clasen: Wer die Heimat nicht liebt. *tageszeitung* vom 9. Februar 2015

¹⁸ Bernhard Clasen, 6. Februar 2015, a.a.O.

¹⁹ ebd.